

TTIP“ - das Freihandelsabkommen der EU mit den USA

Kerstin Kaiser, Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg für Europapolitik

Christiane Weidner, Fraktionsreferentin für Europaangelegenheiten

Über das aktuell verhandelte „TTIP“ – das Freihandelsabkommen der EU mit den USA (aber auch der EU mit Kanada (s.g. „CETA“)) – wird in den Medien, in der Zivilgesellschaft und Nichtregierungs-Organisationsszene wie auch in der Politik heftig diskutiert; bei dabei kaum vorliegender Informationslage aufgrund des völlig intransparenten und undemokratischen Aushandlungsprozesses der geheim gehaltenen Vertragsinhalte. ...

Daher hat die Linksfraktion gestern im Ausschuss für Europaangelegenheiten ein öffentliches Fachgespräch zum Thema beantragt. Dies fand die Unterstützung aller übrigen Fraktionen.

U.a. der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie explizit auch der Städte- und Gemeindebund Brandenburg äußerten öffentlich Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Länder sowie ausdrücklich auch die Kommunen.

Sie weisen darauf hin, dass aus kommunaler Sicht v.a. die Problematik und Frage im Vordergrund steht, ob aus einem solchen Abkommen eine Pflicht zur Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen hergeleitet werden könnte; somit z.B. in den Bereichen der Wasserversorgung, Gesundheit (Privatisierung von öffentlichen Krankenhäusern) und dem Bildungs- und Sozialsektor u.a.m. ...

Zudem werden auf problematische Verfahrensweisen für einen demokratischen Rechtsstaat hingewiesen, insbesondere hinsichtlich des für Streitigkeiten (bei vermeintlicher Marktdiskriminierung eines Investors) vorgesehenen, bindenden außergerichtlichen Schiedsverfahrens, das erhebliche Schadensersatzforderungen nicht nur für Unternehmen sondern auch für Staaten begründen kann. (Die Entscheidung über Entschädigungssummen für den Benachteiligten soll im Geheimen gefunden werden sowie ohne Möglichkeit eines Berufungsverfahrens.)

Nach ihrem Abschluss werden die Freihandelsabkommen für die EU-Organe wie für die Mitgliedstaaten verbindlich sein. Damit werden sie Anwendungsvorrang letztlich auch vor nationalem Recht genießen. Der vorliegende Rechtscharakter verdeutlicht daher die erheblichen Auswirkungen, die diese Abkommen potentiell auf die kommunale Daseinsvorsorge haben können. Auch vor diesem Hintergrund ist die Intransparenz der Verhandlungen, die demokratischen Politikgrundsätzen zuwider läuft, nicht akzeptabel.

Daher müssen wir noch stärker als bisher aktiv werden in der Frage, Offenlegung aller mit diesem Vorgang verbundenen Sachverhalte einzufordern! Und dies auf allen politischen Ebenen!

Daher möchte ich euch - zum Aspekt: „WAS TUN vor Ort?!“ - anbei ein vorbildliches Beispiel für Antragsarbeit und Thematisierung des TTIP in Kommunalparlamenten zukommen lassen, dass breit gestreut und nachgeahmt werden sollte.